Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 72 (1978)
Heft: 7-8

Artikel: Rechtsextreme Tendenzen in der Schweiz
Autor: Braunschweig, Hansjörg
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-142739

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

HANSJÖRG BRAUNSCHWEIG

Rechtsextreme Tendenzen in der Schweiz

Es ist in unserem Lande nicht üblich, über rechtsextreme oder rechtsreaktionäre Tendenzen in der politischen Auseinandersetzung zu sprechen und zu schreiben. Veranstalter oder Redaktoren müssen sogar ein wenig Mut aufbringen, ihren Mitgliedern oder Lesern diesen Fragenkreis vorzulegen und in der Oeffentlichkeit zur Diskussion zu stellen. Vor lauter Vorträgen und Artikeln über den Linksextremismus bleiben Untersuchungen über den Rechtsextremismus vergessen oder werden verdrängt. Im besten Falle werden sie geschichtlich und ohne Bezug auf unsere Zeit und auf die Schweiz an den Beispielen des Faschismus in Deutschland, Italien oder Spanien angestellt. Fast kann man sagen: Vor lauter linksextremen Bäumen sieht man den rechtsextremen Wald nicht!

Spätestens nach der Verhaftung von Brigadier Jeanmaire hätte man in der offiziellen und etablierten Schweiz aufhorchen müssen: Jahre- wenn nicht jahrzehntelang hat dieser hohe Schweizer Offizier mit seiner rechtsextremen Geisteshaltung offenbar schwerwiegende Spionage für die Sowjetunion betrieben, ohne daß die eidgenössischen Staatsschutzinstanzen (Bundesanwaltschaft, zuständige Stellen des Militärdepartementes) und die privaten, selbsternannten Staatsschutzorganisationen — allen voran Ernst Cincera als Symbol dieser fragwürdigen Kreise und Einrichtungen — auch nur das leiseste geahnt haben. Dieses verheerende Versagen, über dessen Folgen wir alle durch die Geheimnistuerei der Militärjustiz und des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes im Ungewissen gelassen worden sind, ist nur durch rechtsäugige Blindheit zu erklären: Man wollte und will nicht wahrhaben, daß es in der Schweiz den Rechtsextremismus gibt und daß er auch im Offizierskorps sich heimisch fühlen kann, oder man ist nicht daran interessiert, ihn zu untersuchen, zu überwachen und seine Auswirkungen zu verhindern. Etwas zugespitzt könnte man schließen: Ohne Ernst Cincera hätte es sehr wahrscheinlich nie einen schwerwiegenden Fall «Jeanmaire» gegeben!

Ist dieses Thema wichtig?

Es sind verschiedene Gründe, die mich veranlassen, diese Frage zu bejahen.

1. Die ältere und mittlere Generation haben Unheil und Katastrophe des Nationalsozialismus in Deutschland und des Faschismus in Italien, Spanien und anderswo als Zeitgenossen erfahren und miterlebt,

und die jungen Menschen wissen davon von ihren Müttern und Vätern und aus der Geschichte.

2. In der Gegenwart beherrschen Faschismus und damit verbunden Rassismus und Militärdiktatur Staaten wie Chile, Argentinien, Südafrika, Uganda, den Iran und die Philippinen. Rechtsextreme Kräfte und Tendenzen sind wohl in keinem einzigen Staat vollends überwunden.

3. Nehmen wir als Beispiel unser eigenes Land: Mit welcher Entwicklung müssen wir rechnen,

wenn das Schweizervolk aus Angst und Ressentiment am 24. September 1978 nein zum Kanton Jura sagt;

wenn die Atomlobby sich gegen die Atomschutzinitiative und gegen die Revision des Atomgesetzes durchsetzt;

wenn Grundrechte weiterhin abgebaut oder nicht verwirklicht werden (Erschwerung des Initiativrechtes, Berufsverbote, Aushöhlung der Freiheitsrechte durch Datenbanken und andere technische Errungenschaften, Beschränkung der Verteidigungsrechte vor Gericht, Verschlechterung der Stellung der Minderheiten, der Arbeitnehmer, der Frauen, der Ausländer, der Jugendlichen, bildungsfeindliche Entscheide wie Ablehnung des Bildungsartikels in der Bundesverfassung, des Hochschulförderungsgesetzes, einer zentralschweizerischen Universität in Luzern, die Ausgestaltung des neuen Berufsbildungsgesetzes zugunsten der Arbeitgeber und nicht der Lehrlinge, Sparmaßnahmen auf kantonaler und kommunaler Ebene);

wenn der Einfluß und der Druck der Privatwirtschaft durch Konzernbildung und internationale Verflechtung auf die politischen Behörden, auf die Gewerkschaften und auf das Volk immer stärker wird;

wenn die Sozialleistungen abgebaut und die Militärausgaben gleichzeitig erhöht werden;

wenn der Ruf nach einer Stärkung der Exekutive und nach einer starken Armee immer lauter ertönt und

wenn die Schaffung einer Bundessicherheitspolizei als hauptsächliche Antwort der Herrschenden auf unbewältigte Entwicklungen am 3. Dezember 1978 vom Volk abgesegnet werden sollte?

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Ich bezeichne nicht die Entwicklung einer Einzelfrage oder einen beschränkten Zeitabschnitt oder einen isolierten Entscheid als rechtsextreme Tendenz, sondern eine Gesamtheit von Entwicklungen und Entscheiden.

Ein letztes schweizerisches Beispiel: Das Ausländerproblem führte nicht zur Katastrophe; es wurde durch eine Lösung, die keine war, nämlich durch die erzwungene und unmenschliche Abwanderung in der Wirtschaftskrise, entschärft. Hätten indessen durch die Annahme

einer Volksinitiative — und wir haben vor wenigen Jahren darum gebangt! — 500 000 Ausländer ausgewiesen werden müssen, so hätte dieser Volksentscheid sehr wahrscheinlich mit Polizei- und Militärgewalt vollzogen und hätten Polizei und Militär gegen Demonstranten für und wider diese Massendeportation eingesetzt werden müssen!

4. Der schweizerischen Ausländerfeindlichkeit der letzten Jahre lag ein Sündenbock-Denken zugrunde, indem «Nationale Aktion» und «Republikanische Bewegung» aus Angst, Unehrlichkeit und Bequemlichkeit eine rechtlich und sozial schwache Minderheit für Nöte und Entwicklungen verantwortlich erklärten, die zu lösen oder auch nur in den Griff zu bekommen, die Gesellschaft, der bürgerliche Staat und die Privatwirtschaft nicht imstande waren: die Wohnungsnot, der Mangel an Klassenzimmern, Lehrern, Spitalbetten und Pflegepersonal, der nachhinkende öffentliche Verkehr und die ungünstige Siedlungsentwicklung, die Umweltzerstörung und die Preissteigerung. Dieses Sündenbock-Denken war zu allen Zeiten und in allen Ländern ein Wesensmerkmal des Faschismus, längst bevor diese Geisteshaltung diesen Namen trug. Die eigenen unbewältigten Konflikte projizierte man auf die Hexen, die Katholiken, die Protestanten, die Heiden, die Juden, die Zigeuner, die Homosexuellen, die Huren, die Kommunisten, die Subversiven, die Gegenrevolutionäre, die Araber, die Künstler, die Beamten, die Zöllner, die Polizisten, die Kriminellen, die Studenten und so weiter.

Die Ausländerfeindlichkeit wurde in den letzten Jahren etwas abgebaut, aber das Sündenbock-Denken ist geblieben oder kann jederzeit wieder aktiviert und politisch mißbraucht werden. Ich denke etwa an die Jurassier, die Jesuiten, die Drogenabhängigen, die Flüchtlinge, die Stipendienempfänger, die Besucher von Jugendhäusern, die Arbeitslosen, die Rentenbezüger, die Motorradfahrer (vgl. den Film «Easy Rider»), die Mitglieder von Wohngemeinschaften, die Versorgten, die Strafgefangenen und in jüngster Zeit die Terroristen. Es ist das traurige Verdienst der Ueberfremdungsparteien, ihr lau und gewürzlos gewordenes Süpplein auch heute noch am Feuer des Sündenbock-Denkens krampfhaft warm zu halten. Bis heute ist es schwierig geblieben, dieses gefährliche und explosive Feuer zu bekämpfen, weil es nicht auf einer intellektuellen, rational faßbaren Ebene, sondern im Bereich der Gefühle, des Unterschwelligen mottet, brennt, lodert, frißt und zerstört. Dem Führer der Republikaner, Dr. James Schwarzenbach, muß leider die Begabung zugestanden werden, diesen Bereich des Unbewußten, die Aengste der Menschen anzusprechen, aufzufangen — und zu mißbrauchen!

5. Der Rechtsextremismus wird vor allem dann gefährlich und zur

Bedrohung, wenn es nicht gelingt, ihn, seine Herkunft und seine Hintergründe zu erkennen, mit Worten zu erklären und zu verstehen, das heißt, ihn rational zu erfassen und dem Bereich des Unbewußten zu entreißen. Voraussetzung dafür ist, daß wir uns informieren und uns die Zusammenhänge durchschaubar machen. Das ist auch der Sinn dieser Darstellung. Information und Transparenz sollen dazu beitragen, Gefühle des Unbehagens, des Bedrohtseins und der Angst abzubauen und zu überwinden. Für die Ohren des Einzelnen hört sich dies wie ein frommer Wunsch an. Wenn sich dieser Einzelne aber mit andern, mit seinesgleichen verbindet und solidarisch verbündet, entstehen Vertrauen, Gemeinschaft und das Bewußtsein der Kraft und der Stärke. Das ist die Aufgabe der Arbeiterbewegung, in der sich Arbeitnehmer, Mieter, Konsumenten, Genossenschafter, Benachteiligte in irgendeiner Weise zusammengeschlossen haben.

Links und rechts

Einige Begriffe, die ich verwende und die in Gefahr stehen, zum Schlagwort zu werden, bedürfen der Erläuterung:

Wer links steht, ist einer Politik der Veränderung, der Hoffnung und des Fortschritts verpflichtet, und zwar dem Fortschritt der Demokratie in allen Bereichen, der Gerechtigkeit, die auch die Freiheit einschließt (nicht umgekehrt) und der Mitmenschlichkeit mit dem Ziel, Gewaltanwendung zu überwinden. Diese Veränderung ist nicht nur persönlicher, individueller, sondern auch gesellschaftlicher Natur, mit andern Worten systemverändernd.

Wer rechts steht, begnügt sich mit Verbesserungen und sagt grundsätzlich ja zum System, das heißt ja zu den bestehenden Machtverhältnissen, ja zur Herrschaft der einen und zum Unterdrücktsein der andern. Er nimmt die prinzipiellen Mängel an Demokratie, Gerechtigkeit und Menschlichkeit in Kauf, wenn er sie nicht sogar gutheißt und mit irgendwelchen Philosophien zum Menschenbild oder zur Gesellschaft begründet. Wahrscheinlicher ist es aber, daß der Rechtsstehende nicht in erster Linie überlegt, sondern persönlich oder indirekt zu den Begünstigten innerhalb der Gesellschaft gehört und aus dieser Stellung heraus keine Veränderung wünscht, mit andern Worten: Das Sein bestimmt bei ihm das Bewußtsein. Wichtiger scheint mir ein dritter Erklärungsversuch, der auch von den Linken als große Gefahr erkannt werden müßte: Einzelne Vertreter der Rechten möchten eigentlich das System verändern, aber sie haben die Hoffnung längst aufgegeben oder verloren und durch Resignation ersetzt. Der Substanzverlust der bürgerlichen Parteien, der eigentlich ein Hoffnungs-Verlust ist, weist in diese Richtung.

Was heißt rechtsextrem?

Als rechtsextrem, reaktionär oder rechtsreaktionär bezeichne ich Menschen, Organisationen oder Bewegungen, die eine Verschlechterung des Systems, Rückschritte, das heißt mehr Macht für die ohnehin schon Mächtigen, weniger Demokratie, weniger Gerechtigkeit und weniger Menschlichkeit in Kauf nehmen oder anstreben.

Bewußt schreibe ich vorzugsweise von rechtsextremen und nicht von faschistischen Tendenzen oder gar von Faschismus. Erst wenn die rechtsextremen Tendenzen zum System der Unmenschlichkeit, der Ungerechtigkeit und der Diktatur geworden sind, kann dem grauenhaften und erinnerungsträchtigen Wort «Faschismus» nicht mehr ausgewichen werden. Wer in der Wortwahl weniger zurückhaltend ist, steht in Gefahr, den Faschismus der Vergangenheit und in einzelnen Staaten der Gegenwart zu verharmlosen.

Dreißig rechtsextreme Organisationen und Einrichtungen in der Schweiz

Wer die einzelnen Organisationen oder Einrichtungen etwas genauer untersucht und über Jahre ihre Entwicklung verfolgt, kann sich einige Erfahrungen zulegen und etliche Auffälligkeiten feststellen: Große, einflußreiche Gruppierungen existieren neben kleinen und bescheidenen. Die einen arbeiten über Jahrzehnte sehr beständig oder tauchen immer wieder auf, andere erscheinen einmalig wie Feuerwerk und verschwinden wieder. Fast jedes Jahrzehnt in diesem Jahrhundert hat derartige Gebilde hervorgebracht, viele sind vergessen oder gehören der Geschichte an wie die Fronten der dreißiger Jahre und des Zweiten Weltkrieges (immerhin haben einige Einrichtungen in neuem Gewande mit dem mehr oder weniger alten Inhalt den militärischen Sieg über den Faschismus heil, fast siegheil, überstanden!). Die Verantwortlichen der einen sind Vertreter oder Agenten bürgerlicher Parteien oder der Privatwirtschaft, andere sind Einzelgänger, manchmal beinahe Besessene, oder Idealisten, teilweise müssen sie als Strohmänner (oder Strohfrauen) bezeichnet werden. Einzelne sind unbekannt oder nur unsichtbar. Daneben tauchen immer wieder dieselben Politiker und Wirtschaftsführer der zweiten Garnitur neben der eigentlichen Rechtsaußen-Prominenz auf: Ernst Cincera, alt Nationalrat Dr. Robert Eibel, Direktor und Kantonsrat Richard Reich, die schreibenden Offiziere und Werbefachleute Dr. Rudolf Farner und Dr. Gustav Däniker, Dr. Peter Sager, die Nationalräte Dr. James Schwarzenbach, Valentin Oehen und andere. Durch diese Personen und eine große Zahl von Gönnern werden zahlreiche Querverbindungen untereinander, zu Nebenorganisationen,

zu politischen Parteien und zur Privatwirtschaft hergestellt. Schwieriger sind die organisatorischen und die finanziellen Verbindungen nachzuweisen. Mannigfaltigkeit und Querverbindungen dienen einerseits der allgemeinen oder der ausgewählten Meinungsbildung (Medienschaffende, Lehrer, Behördemitglieder, Vertreter von Berufsverbänden, Parteien, der Wirtschaft usw.) und anderseits der Beeinflussung jener, die Entscheide zu treffen haben, und der Druckausübung auf jene, die Macht besitzen. Häufig geschieht es durch Mittel, die einen falschen Eindruck erwecken wie schöne Namen (schweizerisch, Demokratie, Information, Wehrwillen, Freiheit, Menschenrechte, Verantwortung usw.), falsche oder nichtssagende Initialen, organisierte Brief- oder Leserbriefkampagnen, anonyme oder gefälschte Flugblätter bis hin zu den Methoden, die Ernst Cincera systematisch anwendet, die sich nicht in erster Linie gegen Ideen, Auffassungen und Lehren richten, sondern gegen Personen als Menschen und Berufstätige (Personenkartei, Einsatz von bezahlten Spitzeln unter Mißachtung der Gesinnungsfreiheit und des Persönlichkeitsschutzes). Um nur die beiden jüngsten Beispiele zu erwähnen und damit die Aktualität von Cincera im Jahre 1978 zu belegen: Sowohl bei der Entlassung der beiden Mitarbeiter der Evangelischen Hochschulgemeinde an der Zürcher Universität und an der ETH, Pfarrer Hans-Adam Ritter und Dr. sc. nat. ETH Hans-Ulrich Schmutz, durch den Zürcher Kirchenrat, als auch bei der Untersuchung gegen den Leiter des Gottlieb Duttweiler-Institutes in Rüschlikon, Hans A. Pestalozzi (ein Untersuchungsbericht wurde von Heinz Dutli erstellt, Mitarbeiter des Werbebüros Rudolf Farner!) und bei der Entlassung des Chef-Redaktors der «Tat», Dr. Roger Schawinski, hatten Ernst Cincera und ein ehemaliger Spitzel ihre schmutzigen Hände und Aussagen im Spiel!

Die nachfolgende Liste erhebt nicht Anspruch auf Vollständigkeit; es ist denkbar, daß der eine oder andere Name zu Unrecht weitergeführt wird, da die Verantwortlichen nicht mehr aktiv sind oder ihre Tätigkeit hinter einen andern Schild verlagert haben. Sie soll auch die Lage des Rechtsextremismus in der Schweiz nicht dramatisieren und schon gar nicht Aengstlichkeit oder Erschrecken auslösen. Im Gegenteil. Dieser Liste kann man indessen die Vielfalt der Tätigkeiten, die verschiedenen Bereiche und Funktionen rechtsextremer Organisationen entnehmen.

Gruppe Innenpolitischer Bereich

1. Aktion für Demokratie (AfD). Mitbegründer: Ernst Cincera (FdP). Präsident: Hans Scharpf (SVP), Direktor der Schweizerischen Hagelversicherung, Zürich.

2. Informationsgruppe Schweiz. Eigentliche Cincera-Organisation. Wichtigster Verbindungsmann: Hans Scharpf (siehe auch AfD). Weitere Verbindungen: Forum Jugend und Armee, Aargauischer Vaterländischer Verein, Fortschrittliche Jugend Zug, Aktion für das Selbstbestimmungsrecht der Völker, Memopress von Emil Rahm, Rimussfabrikant, Hallau, Aktion für Freiheit und Verantwortung, Stimme der schweigenden Mehrheit, Vereinigung Freie Schweiz.

3. Vereinigung Libertas Schweiz. Gründungsjahr 1975. Bekannt hauptsächlich in der Westschweiz. Hauptverantwortliche: François Chaudet, jüngster Sohn von alt Bundesrat Paul Chaudet, und alt Divisionär Eugène-Pierre Dénéréaz; Sektionspräsident in Basel: Hans Gygli, Rektor des Bäumlihof-Gymnasiums. Libertas-Zürich: Vereinigung zur Erhaltung der demokratischen Freiheit.

4. Aktion Freiheit und Verantwortung; Betreuung durch das Werbebüro Rudolf Farner und Gustav Däniker. (Siehe auch Informationsgruppe Schweiz) Verbindung zur Alkohol- und Tabakindustrie.

5. Vereinigung Freie Schweiz (VFS). (Siehe auch Informationsgruppe Schweiz) Gründungsjahr 1976. Präsident: Heinz Küng, Bern, Inhaber des Auskunfts- und Inkassobüros «Creditreform», früher Zauberkünstler!

6. Pro Libertate. Zur Erhaltung der schweizerischen Demokratie und zum Schutz gegen fremde, staatsgefährdende Ideologien. Gründungsjahr 1956.

7. Wilhelm-Röpke-Gesellschaft für eine christlich-abendländische Weltordnung.

8. Schweizerischer Aufklärungsdienst (SAD). Gründungsjahr 1947. Private Nachfolgeorganisation der militärischen Dienststelle Heer und Haus. Ursprünglich für geistige Landesverteidigung, vaterländische Besinnung und eidgenössisches Bewußtsein. Seit 1972 offenere Neuausrichtung. Verantwortliche: Oberst im Generalstab Hans A. Huber, Frauenfeld, Rechtsanwalt Hans W. Kopp (Präsident), Dozent für Medienrecht und Fernsehmitarbeiter, Nationalrat Peter Dürrenmatt (Lib.), Riehen, und Alois Riklin (CVP), St. Gallen, Professor an der dortigen Handelshochschule. Verantwortlich für Nationale Dokumentationsstelle in Bern.

Gruppe Medienbereich

9. Schweizerische Politische Korrespondenz (spk). Nachrichten- und bürgerliche Leitartikelagentur für rund 200 meist kleine Zeitungen. Gründungsjahr 1947. Früher Schweizerische Mittelpresse (MSP) mit anpasserischer Tendenz zur Zeit des Faschismus. Neuer Name seit dem Zweiten Weltkrieg. Verantwortliche: Josef Jäger (Direktor), Bern, Ständerat Ulrich Luder (FdP), Solothurn, die Bundesräte Ludwig von

Moos (CVP), Nello Celio (FdP) und Rudolf Gnägi (SVP), alt Ständerat Dr. Louis Guisan (Lib.), Lausanne.

10. Institut für politische Zeitfragen (IPZ). In Verbindung mit AfD. (Siehe auch Informationsgruppe Schweiz) Verantwortlicher: Dr. Robert Vögeli, der 1956—1962 «Heer und Haus» wieder aufbaute.

11. Trumpf Buur, Aktion für freie Meinungsbildung. Gründungsjahr 1947. Hauptverantwortlicher bis 1977: alt Nationalrat Dr. Robert Eibel (FdP). Nachfolgeorganisation seines «Bundes der Subventionslosen» (Elefantenklub). Verbindung mit Redressement National.

12. Werbebüro Rudolf Farner und Gustav Däniker. (Siehe auch Aktion Freiheit und Verantwortung) Verbindung mit Verein zur Förderung des Wehrwillens und der Wehrwissenschaft und Redressement National. Herausgeber der «Militärpolitischen Information». Redaktion: Dominique Brunner. Präsident: Oberst Rolf Gamper, Küsnacht, ehemaliger Präsident der Zürcher Offiziersgesellschaft.

13. «Diskussion», Monatsschrift im Sinne geistiger Landesverteidigung, Orientierung und Lebenserleichterung, gegen Kommunismus, gegen Osthandel, für den freien Westen und das Privateigentum. Gründungsjahr 1959. Druck, Verlag und Redaktion: Hans Feuz, Bern.

14. Schweizerische Radio- und Fernsehvereinigung (SRFV). Gründungsjahr 1974. Verantwortliche: Willy Güdel, Geschäftsführer, Nationalrat Prof. Dr. Walther Hofer (SVP, Präsident bis 1977), Bern.

Gruppe Militärischer Bereich

15. Verein zur Förderung des Wehrwillens und der Wehrwissenschaft (VFWW). (Siehe auch Werbebüro Oberst Rudolf Farner) Verantwortliche: Oberst Gustav Däniker und Dominique Brunner.

16. Forum Jugend und Armee. (Siehe auch Informationsgruppe Schweiz)

17. Schweizerische Offiziersgesellschaft (SOG). Herausgeberin der «Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift» (ASMZ). Vrlg. Huber Co. AG., Frauenfeld. Redaktion: Divisionär zD Ernst Wetter, Bern.

Um Mißverständnissen zur Einordnung der SOG an dieser Stelle vorzubeugen, bringe ich den nachfolgenden Vorbehalt an: Der SOG gehören beileibe nicht alle Offiziere der Schweizer-Armee an. Hingegen muß die SOG als eine rechtsextreme Vereinigung bezeichnet werden, soweit sie sich als Standesorganisation versteht und als politische Organisation die Tendenz vertritt, die militärische Entscheidungsbefugnis der politischen überzuordnen. Leider trifft nach meiner Beurteilung beides zu. Außerdem muß der umfangreiche, überdimensionierte Inseratenteil der ASMZ als Hinweis auf einen auch in der Schweiz bestehenden militärisch-industriellen Komplex gewertet werden, der zwin-

gend eine falsche politische Optik zur Folge hat und sich gegen unser Demokratieverständnis auswirkt. Zur weitern Begründung dieser Ueberlegungen verweise ich auf meinen Aufsatz «Armee als Machtinstrument. Die Sozialisationsagentur Militär» in «Wohlstand und Ordnung? Zur Soziologie der Schweiz heute», edition etcetera, Basel 1978.

Gruppe Wirtschaftspolitischer Bereich

18. Redressement National, Aktion für Freiheit, Föderalismus und Recht. Gründungsjahr 1936. Zur Zeit des Faschismus durch Anpassertum sehr angeschlagen. In Verbindung (wenn nicht gerade wirtschaftspolitische Interessengegensätze und Meinungsverschiedenheiten entgegenstehen!) mit der Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft. (Siehe auch Schweizerisches Ost-Institut, Werbebüro Rudolf Farner und Gustav Däniker, Trumpf Buur, SAD, AfD, VFWW, spk) Verantwortliche: Carletto Mumenthaler (Präsident), Zürcher Ziegeleien, Marcel Großmann (FdP), Professor an der Handelshochschule St. Gallen, Nationalrat Otto Fischer (FdP), Bern, Walter Röthlin (CVP), Kerns, Otto Keller (FdP), TG, Heinz Allenspach (FdP), Direktor des Zentralverbandes Schweiz. Arbeitgeberorganisationen, Fällanden, Dr. Silvio de Capitani (FdP), Zürich, Dr. H. G. Lüchinger (FdP), Wettswil, alt Nationalrat Dr. Robert Eibel, Dr. Rudolf Rohr (Geschäftsführer).

19. Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft (Wirtschaftsförderung, wf). Gründungsjahr 1942. Ursprünglich wirtschaftspolitische Kampforganisation gegen die dirigistische und kollektivistische Kriegswirtschaft. Direktor: Richard Reich (FdP), Kantonsrat und Präsident der Finanzkommission, ehemaliger Redaktor der «Neuen Zürcher Zeitung» und Präsident der Liberalen Weltunion. (Siehe auch Redressement National und Schweizerische Politische Korrespondenz) Von allen rechtsextremen Organisationen dürfte die Wirtschaftsförderung die engsten, direktesten und finanziell ergiebigsten Beziehungen zur Privatwirtschaft allgemein und insbesondere zum Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrievereins besitzen, sodaß sie in dieser Reihe als mächtigste und einflußreichste Organisation einzustufen ist.

Gruppe Lokale Bereiche

20. Aargauischer Vaterländischer Verband. (Siehe auch Informationsgruppe Schweiz, Schweizerischer Aufklärungsdienst und Redressement National) Präsident: Ruedi Burger, Stumpenfabrikant, Zofingen.

21. Stimme der Schweigenden Mehrheit, Kreuzlingen. (Siehe auch Informationsgruppe Schweiz) Verantwortliche: Dr. Lorenz Preisl, Zahnarzt, Müllheim, Albert Lunte, Fotograf, Zürich, Paul Zöllig (Präsident), Inhaber eines Elektro- und Metallbauunternehmens, Engwilen.

22. Fortschrittliche Jugend Zug. (Siehe auch Informationsgruppe Schweiz) Präsident: Otto Salathé, Spreitenbach.

23. Alleanza Liberi e Svizzeri (ALS), Bund der Freien Schweizer. Gründungsjahr 1976. Verantwortlicher: Claudio Lepori (CVP), Staatsanwalt des Sopraceneri.

24. Ligue Vaudoise.

Gruppe Außenpolitischer Bereich

25. Aktion für Menschenrechte. Gründungsjahr 1965. Organe: «Sonde», «Menschenrecht», «Funke». Verantwortliche: Dr. Josef Heggli, Winterthur, Dr. Erwin Bernhard, Kantonsschullehrer, Zürich.

26. Schweizerisches Ost-Institut (SOI). Forschung und Information über internationale Entwicklungen. Gründungsjahr 1948, seit 1959 Aktiengesellschaft. Informationsdienst, Wirtschaftsdienst, SOI-Bilanz, ZeitBild (früher der «Klare Blick»), Etudes politiques, Freier Korrespondenz-Dienst, Swiss Press Review, Revue de la Presse Suisse, Revista de la Prensa Suiza, Vortragsdienst, Buchhandlung, Verlag. Verantwotrliche: Dr. Peter Sager (SVP), Rechtsanwalt Dr. Ullin Streiff (FdP), Wetzikon, Prof. Dr. Georges Grosjean und Vinzenz Losinger, Bern.

27. Aktion für das Selbstbestimmungsrecht der Völker. (Siehe auch Informationsgruppe Schweiz) Präsident: Ernst R. Borer.

Gruppe Ausländer in der Schweiz

28. Nationale Aktion, früher für Volk und Heimat. Verantwortlich: Nationalrat Valentin Oehen, Bern.

29. Republikanische Bewegung. In Verbindung mit Vigilants, Genf. Verantwortlich und Präsident bis 1978: Nationalrat Dr. James Schwarzenbach.

30. Vigilants, Genf. (Siehe auch Republikanische Bewegung)

In meinem ursprünglichen Manuskript habe ich diese Gruppe der ausländerfeindlichen Bewegungen gesondert neben den rechtsextremen Organisationen und dem Rechtsbürgertum behandelt. Durch die rezessionsbedingte Abwanderung der ausländischen Arbeiter und durch interne Krisen haben die fremdenfeindlichen Parteien an Bedeutung verloren, sodaß sie als eine Untergruppe der rechtsextremen Organisationen erwähnt werden können. In den einleitenden Bemerkungen bin ich einigen grundsätzlichen Fragen bereits nachgegangen, auf die ich in den politischen Ueberlegungen nochmals zurückkommen werde, sodaß ich mich an dieser Stelle mit der bloßen Nennung begnügen kann.

Das Rechtsbürgertum

Die Beschreibung des Rechtsextremismus in der Schweiz wäre zu unvollständig, wenn nicht auch das Rechtsbürgertum einbezogen würde, das sich aus den rechten Flügeln der bürgerlichen Parteien und aus Exponenten der Privatwirtschaft, ihrer Organisationen sowie aus Verantwortlichen vaterländischer, sportlicher, militärischer und anderer Vereine zusammensetzt, die geistig oft auch heute noch im 19. Jahrhundert wurzeln. Organisatorische Form und Abgrenzung sind weniger einfach, umso größer ist die politische Bedeutung des Rechtsbürgertums, die ich in vier Richtungen andeuten will:

1. Am deutlichsten wurde das Rechtsbürgertum in den letzten Jahren vor eidgenössischen Volksabstimmungen sichtbar. Die große Mehrheit des Parlaments einigte sich auf eine Kompromißvorlage; die Exponenten des Rechtsbürgertums schwiegen oder stimmten zu, um kurze Zeit später — vereinigt in einem sogenannten überparteilichen Komitee oder versteckt hinter einer Organisation oder hinter einem Werbebüro — den Kampf gegen die Vorlage mit unwahren und demagogischen Mitteln aufzunehmen (vgl. Bundesfinanzreformvorlagen, Bildungsartikel, Raumplanungs- und Hochschulförderungsgesetz, Fragen aus den militärischen, sozial- und wirtschaftspolitischen Bereichen).

2. Daraus und aus der Beschreibung der dreißig rechtsextremen Organisationen und Einrichtungen geht die personelle Verknüpfung zwischen Rechtsextremismus und Bürgertum eindeutig hervor: Immer wieder dieselben Namen, vorwiegend der Freisinnigen Partei, aber auch der CVP, der SVP und der Liberalen. Sie bilden häufig und systematisch eine Schaltstelle, die längst nicht mehr als zufällige oder gelegentliche Einrichtung bezeichnet werden kann. Mit Recht hat Nationalrat Helmuth Hubacher am letzten Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz in Basel den Freisinn aufgefordert, sich endlich von seinem rechten Flügel zu trennen, und nicht umsonst hat diese Partei so gereizt und aggressiv darauf geantwortet.

3. Diese Reaktion hat eine ganz bestimmte Ursache: Oft üben rechtsextreme Organisationen oder Exponenten des Rechtsbürgertums politische Aktivitäten aus, auf die die bürgerlichen Parteien nur aus opportunistischen oder geschäftlichen Gründen verzichten. Sie wollen nicht Wählereinbußen erleiden oder nicht schmutzige Hände bekommen. Die Vertreter des Redressement National haben ihre Existenz und ihre Tätigkeit in aller Offenheit damit begründet. Eine politische Partei kann es sich (noch) nicht leisten, gleichzeitig sich für den Abbau von Sozialleistungen und die Erhöhung der Militärausgaben einzusetzen. Wer sodann exportwirtschaftliche Interessen vertritt, muß den Antikommunismus oder die Solidarität mit Israel oder mit Südafrika oder

Rhodesien beschränken, um den Osthandel oder die Wirtschaftsbeziehungen mit den arabischen oder afrikanischen Staaten nicht zu gefährden.

4. Das Rechtsbürgertum ist nicht nur Bindeglied der rechtsextremen Organisationen zu den bürgerlichen Parteien, sondern durch seine Exponenten auch zu den Parlamenten, Regierungen, Verwaltungsstellen, ganz besonders zu Handelsabteilung, EMD, Polizei, Justizbehörden und Schulen, zur Privatwirtschaft, zu kirchlichen und andern Kreisen. Gerade diese feinen, aber gefährlichen Linien müssen bei der Beurteilung des Rechtsextremismus in der Schweiz mitberücksichtigt werden.

Zum politischen Inhalt des Rechtsextremismus

Ich habe mich bisher in erster Linie auf die Organisationsformen des Rechtsextremismus in der Schweiz beschränkt und nur bei der Umschreibung einiger Begriffe Allgemeines und Grundsätzliches zum politischen Inhalt ausgesagt. Das soll in diesem Teil konkretisiert werden. Dabei bemühe ich mich, nicht von einer linken Ideologie auszugehen, sondern zusammenzufassen, was sich aus Grundsatz- und Arbeitspapieren, aus Reden und Communiqués, aus Stellungnahmen und Motivationen ergibt und daraus einige Schlüsse zu ziehen.

Drei Momente sind auffällig:

1. Rechtsextremismus wird in der Regel zunächst nicht in einer bestimmten Grundhaltung, in Ideen oder in einer Lehre sichtbar, sondern in einer Anti-Haltung, im Sich-bedroht-fühlen, wenn nicht gar in Angst und Aengstlichkeit, Angst um die Privatwirtschaft und Aengstlichkeit um Ruhe und Ordnung, in Antikommunismus: unser Staat, seine und ganz allgemein die Einrichtungen der Gesellschaft sind bedroht.

2. Die Vertreter des Rechtsextremismus fragen in der Regel nicht nach Ursachen, Umständen, Hintergründen, schon gar nicht nach Geschichte, Psychologie, Soziologie oder Oekonomie (z. B. nach wirtschaftlichen Interessen). Sie übersehen Entwicklungen der Vergangenheit und der Zukunft und ziehen Schlüsse höchstens aus Momentaufnahmen, ohne Einstellung, Distanz und Belichtung zu berücksichtigen. Sie sind in der Regel nicht zum Gespräch bereit, nicht diskussionsfreudig und nicht dialogfähig (vgl. ihre Presse, ihre Versammlungen, Behandlungen von Militärfragen usw.).

3. Daraus ergeben sich die zahlreichen Widersprüchlichkeiten: Antikommunismus und Interesse am Osthandel erwähnten wir schon früher. Die internationalen Beziehungen der Schweiz und insbesondere das außenpolitische Postulat der internationalen Solidarität sind min-

destens verdächtig, aber Macht und Einfluß der multinationalen (transnationalen) Gesellschaften sind unproblematisch. Der Staat als Rechtsstaat und als Vaterland gehört zum höchsten und liebsten, die staatliche Intervention im Bereich der Wirtschaft zum miesesten. Die Liste könnte beliebig fortgesetzt werden.

Die äußere Bedrohung

Nach rechtsextremer Auffassung ist unser Land (und sind andere Länder) militärisch praktisch ausschließlich durch die kommunistisch regierte Sowjetunion, allenfalls durch andere Länder unter kommunistischer Herrschaft, bedroht. Daß die Politik Stalins und der kommunistischen Parteien es den rechtsextremen Bewegungen leicht gemacht haben, dieser Sicht weitgehend zum Durchbruch zu verhelfen, ist unbestritten. Uebersehen aber werden dabei die welt- und binnenwirtschaftlichen, die innen- und außenpolitischen (China!) und die waffentechnischen und psychologischen Hintergründe, die zu einer sehr differenzierten Betrachtungsweise führen müßten.

Eine falsche Sicht ergibt auch falsche Folgerungen in Bezug auf schweizerische Außen- und Militärpolitik: Vor allem wirtschaftspolitische Solidarität mit Westeuropa und den Vereinigten Staaten, jedoch mangelhafte Zusammenarbeit mit der Zweiten und Dritten Welt, völlig unkritische Haltung gegenüber Armee, schweizerischer und weltweiter Aufrüstung. Schwere Konflikte in der Dritten Welt (Südamerika, Korea, Vietnam, Afrika und viele andere), im Nahen Osten oder in Südafrika werden nur unter dem Gesichtspunkt kommunistischer Weltherrschaftspläne beurteilt, während Bedrohungen durch Rassismus, Kolonialismus und wirtschaftlichen Imperialismus (z. B. Einfluß von multinationalen Gesellschaften auf Politik und Militär, um Macht und Ertrag zu erhöhen) nicht erkannt, verschwiegen oder verheimlicht werden.

Die innere Bedrohung

Der Kommunismus bedroht aber nicht nur die Schweiz und ihre Unabhängigkeit (die angesichts der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung und als Folge der gegenseitigen Abhängigkeiten neu überdacht werden müßte), sondern auch alle unsere staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen. Wiederum war es die kommunistische Partei der Arbeit, die durch die unkritische Uebernahme sowjetischer Auffassungen dieser Bedrohungsangst Vorschub leistete. Aber dieses Versagen rechtfertigt die rechtsextreme Tendenz nicht, den Kommunismus nicht nur zum äußern, sondern auch zum innenpolitischen Feindbild aufzubauen und aufzubauschen. Schon gar nicht überzeugt es, jeden Kritiker und jeden, der eine eigene Meinung verficht, als Kommunisten

zu bezeichnen. Sie wurden in den fünfziger Jahren zu den Mitläufern gezählt, in den sechziger Jahren als Nonkonformisten und Linksintellektuelle diskriminiert, in den siebziger Jahren zu Subversiven und Unterwanderern hochstilisiert, und sie werden vermutlich in den achtziger Jahren als Terroristen und deren Sympathisanten beschuldigt werden. An- und Vorzeichen bei der Beurteilung von AKW-Gegnern, bei Besetzern, Streikenden und den Gegnern der BUSIPO sind bereits vorhanden. Und die bürgerlichen Parteien haben fast ausnahmslos mitgetan und mitgejagt!

Ins Schußfeld geraten die Atomwaffengegner, die Militärdienstverweigerer, die Kritiker der Waffenausfuhr, der Polizeieinsätze, der Bundesanwaltschaft, der Flüchtlingspolitik, Demonstranten, Frauen, die für Emanzipation kämpfen, Soldaten, die demokratische Rechte in der Armee fordern, Pfarrer und Laien, die sich für eine gegenüber dem bürgerlichen Staat unabhängige und kritische Kirche einsetzen, Schüler und Studenten, die mehr Demokratie an Schule und Universität verlangen, Sozialarbeiter, die sich für Minderheiten stark machen, kritische Medienschaffende und viele andere, die Experimente wagen, auch Mißerfolge haben, aber immer versuchen, Neues Bestehendem und Traditionellem gegenüberzustellen.

Mit andern Worten: Jede Kritik und jede abweichende Meinung — unwichtig in welchem Bereich — wird als staatsfeindliche Haltung erklärt. Es ist erstaunlich und gehört zu den Widersprüchlichkeiten rechtsextremer Gruppierungen, mit welcher Leichtfertigkeit sie Freiheitsrechte, mitmenschliches Verhalten, Rechtsgleichheit, Minderheitenschutz, demokratische Einrichtungen und andere Werte, denen man sich (angeblich) in Worten und Erklärungen verpflichtet fühlt, in Frage stellen und aufgeben. Heute werden die Wiedereinführung der Todesstrafe und der Abbau der Verteidigungsrechte bedenkenlos zur Diskussion gestellt. Der Ruf nach einem strengen Richter, nach einer starken Hand gegenüber den Parlamenten, nach dem starken Mann in der Regierung, nach der Polizei zur Lösung politischer Probleme, nach Erhöhung der Militärausgaben und nach einer starken Armee sind unüberhörbar.

Die privatwirtschaftliche Bedrohung

Je einflußreicher eine rechtsextreme Organisation ist, desto stärker konzentriert sich ihre Abwehr auf die Bedrohung der freien Wirtschaft, die nur für wenige eine freie und für viele eine Willkür-Wirtschaft ist, wobei sich diese Willkür vor allem auf das schrankenlose Wachstum, auf die Erhaltung und Zunahme der Gewinne, auf die Machtzusammenballung der Unternehmen und auf die Ablehnung von sozialen

Verpflichtungen (Löhne, Sozialleistungen, Beschränkungen aus Umweltschutzgründen usw.) bezieht. In diesem Bereich soll nicht nur das Bestehende erhalten bleiben, sondern soziale Errungenschaften, Mitverantwortung des Staates, arbeitsrechtliche Bestimmungen und Schranken, um das planlose und umweltfeindliche Wirtschaftswachstum zu begrenzen, sollen rückgängig gemacht werden. Letztlich liegt den rechtsextremen Tendenzen die Idee zugrunde, den heutigen Sozialstaat wieder zum liberalen Nachtwächterstaat zurückzuführen, der nur die eine Aufgabe hat, die Privatwirtschaft zu schützen und im übrigen die führenden Unternehmen ohne staatliche Intervention wirtschaften zu lassen. Wenn Gewerkschafter und Sozialdemokraten diese Tendenz gewähren lassen oder wenigstens in Kauf nehmen, gehören sie zu den lieben, vernünftigen, einsichtigen, gut schweizerischen Arbeitervertretern und werden für diesen Beitrag zur Integration gelobt und prämiiert. Wer sich indessen gegen diese Tendenz zur Wehr setzt, gehört zu den bösen, unvernünftigen, uneinsichtigen Arbeitervertretern. In diesem Sinne hat der Rechtsextremismus je und je versucht, die Arbeiterbewegung zu spalten und zu schwächen.

Wenn

die überragende und entscheidende Bedeutung der Privatwirtschaft

und ihrer Interessen für den Rechtsextremismus richtig eingeschätzt ist, lösen sich zahlreiche Widersprüchlichkeiten auf, die wir erwähnt haben; dann ist es nur folgerichtig,

— daß seine Grundhaltung nicht offen dargelegt wird,
— daß er sich nicht gesprächs- und dialogbereit gibt,
— daß der Osthandel dem Antikommunismus (beispielsweise dem Kampf für die Menschenrechte) vorgeht,
— daß die multinationalen Gesellschaften nicht in demokratischer Weise einer internationalen Rechtsordnung unterworfen werden dürfen,
— daß der Staat im Wirtschaftsbereich nicht tätig und
— daß der militärisch-industrielle Komplex nicht entflechtet werden soll,
— daß die Sowjetunion Feindbild bleiben muß, selbst wenn sie nicht mehr als militärischer Feind der Schweiz betrachtet werden kann,
— daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Westen und die Integration in ihm jeder andern Zusammenarbeit vorgeht,
— daß die Schweiz der letzte Staat sein wird, der sich einer Abrüstung unterzieht (nach Dr. H. R. Kurz vom EMD),
— daß Rassismus und Kolonialismus nur von dem Gewinndenken der Privatwirtschaft her und deshalb eher positiv beurteilt werden,

— daß Ruhe und Ordnung wichtiger sind als Fragen und Experimente, weil sie für die Privatwirtschaft und ihre Interessen risikoloser sind,
— daß Erziehung zur Kritik und Selbständigkeit, Kritiker überhaupt und eine demokratische Bildung unerwünscht sind, da sie für die Privatwirtschaft gefährlich werden könnten,
— daß zahllose Aengste den Rechtsextremismus prägen, denn Angst hat, wer um seine Privilegien, seine Macht, seine finanziellen Vorteile und um seine Sicherheit fürchtet.

FERDINAND TROXLER

Ideologische Verengung im «christlichen» VGCV

Der Vorstand des Verbandes der Gewerkschaften des christlichen Verkehrs- und Staatspersonals (VGCV) hat sich im Zusammenhang mit Vorgängen in Genf einstimmig dafür ausgesprochen, «daß die Zugehörigkeit zu einer kommunistischen oder sozialistischen Partei mit der Bekleidung einer offiziellen Funktion in der christlichen Gewerkschaft völlig unvereinbar ist». Sogar der Sozialismus wird also von dieser Gewerkschaft als unannehmbar apostrophiert. Dies unter Berufung auf die christliche Sozialethik und Soziallehre.

Hier wird christliche Soziallehre völlig einseitig interpretiert und auch der geistigen Entwicklung innerhalb des Sozialismus und des «Eurokommunismus» in keiner Weise Rechnung getragen. Wer sich vorab aus christlicher Ueberzeugung zum Sozialismus bekennt — und es sind viele, vor allem auch in Ländern der Dritten Welt — kann ob der grenzenlosen Anmaßung und Engstirnigkeit des VGCV nur den Kopf schütteln. Der VGCV hat offenbar noch nie etwas von einer «Theologie der Befreiung» gehört, von zahlreichen Theologen und Pfarrern, die überzeugte und engagierte Sozialisten sind. Es geht nicht an, völlig ungeschichtlich gewisse Stellen aus einer gewissen Sozial-Enzyklika (etwa aus Quadragesimo anno) zu übernehmen und aus dem Gesamtzusammenhang herauszulösen. Bereits 1949 schrieb sogar der Chefredaktor des offiziell-vatikanischen «Osservatore Romano» in einem Leitartikel: «Der Kommunismus als Wirtschaftssystem, abgesehen von jeglicher Philosophie, ist keine Antithese zum Christentum, kein Gegensatz zur Natur desselben.» Johannes XXIII. deutete in der Enzyklika «Pacem in terris» (1963) an, daß es zwischen dem Kommunismus als Sozial- und Wirtschaftssystem und seiner atheistischen Ideologie zu unterscheiden gelte. Paul VI. schließlich erklärte in der Enzyklika «Ec-